

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 181
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedam Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1 Spalt. 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 21.

Herford, Mittwoch, den 26. Januar 1921

39. Jahrgang.

Die Reichszentrale für Heimatdienst.

Von Dr. Pachnieke, M. d. R.

Der Hauptausschuß des Reichstags hatte vor einiger Zeit auf deutsch-nationale Initiative einen Antrag angenommen, der darauf hinausging, einen Unterausschuß einzusetzen zur Nachprüfung der Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst und ihrer seit November 1918 wirkenden Vorgänger. Dieser Unterausschuß hat getagt und in mehreren Sitzungen über das einschlägige Material verhandelt. Zwei Berichterstatter, die Herren Sölmann (Soz.) und Mumm (Deutschnational), haben die Akten ein und erstattet in Anwesenheit beteiligter Regierungsvertreter eingehenden Bericht. Nimmeh geht die Angelegenheit an den Hauptausschuß zurück, der daraufhin den Beschluß zu fassen hat, ob und in welcher Form die Reichszentrale fortbestehen soll.

Korruptionsercheinungen sind bei der Prüfung nicht hervorgetreten. Auch der Rechnungshof des Deutschen Reiches mußte in einer Darlegung am 12. Januar 1921 feststellen, daß er in Bezug auf das bis jetzt vorgelegte Material zu erheblichen Beanstandungen keinen Anlaß gefunden hat. Dem Rechnungshof erscheinen die von der Reichszentrale getroffenen Anordnungen durchaus zweckmäßig und zunächst ausreichend, wenn er auch hinzufügt, daß volle Gewißheit über die richtige Verwendung der Mittel erst nach Eingang der belegten Rechnungen der Hauptorganisationen, an welche Gelder überwiesen wurden, zu erhalten sein wird. In Übereinstimmung mit diesem amtlichen Botschaft mußten auch die beiden Berichterstatter erklären, daß die Bücher und sonstigen Büroeinrichtungen den Eindruck der Korrektheit machten, oder, wie der deutsch-nationale Berichterstatter es ausdrückte, das ganze einem gut geleiteten Parteibüro gleiche. Gelder an Parteien sind nicht gegeben worden, weder mittelbar noch unmittelbar. Druckerien wurden nach sachgemäßen Richtlinien mit Aufträgen bedacht.

Streitig bleibt also nur die grundsätzliche Frage, ob eine Regierung oder eine Regierungsmehrheit das Recht, vielleicht sogar die Pflicht hat, über die von ihr befolgte Politik Aufklärung im Lande zu verbreiten. Frankreich hat eine solche Einrichtung und zwar innerhalb wie außerhalb seiner Grenzen. Einige andere Länder haben sie auch. In Bayern bestand eine ähnliche, aus Landesmitteln unterhaltene Stelle, die später mit dem Reich in Verbindung trat. Im Reich war seit der Revolution der „Vorbereitungs- und Aufklärungsstelle für die deutsche Bevölkerung“, der für die Tendenzen der damaligen Regierung eintrat und etwa acht Millionen Mark verbrauchte. Außerdem arbeitete die „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung“, die sogenannte „Kulturarbeit“. Die Reichszentrale für Heimatdienst betrachtete sich als die Aufklärungsstelle für die jeweils betriebene amtliche Politik und suchte dieser ihrer Aufgabe nach der organisatorischen wie nach der literarischen Seite gerecht zu werden. Auch im Wahlkampf wurden die Gründe für die Regierungspolitik dargelegt und Angriffe auf dieselbe abgewehrt. Man legte sich dabei jenseitiger Zurückhaltung auf, als irgend möglich war und suchte den Wahlkampf zu verwickeln. Daß dabei gleichwohl Ausführungen mit unterließen, die den Gegnern der Regierungspolitik anstößig erschienen, darf nicht wunder nehmen. Eine klärende solcher Neuerungen enthält der Bericht desjenigen der beiden Referenten, welcher die Existenzberechtigung der Reichszentrale nicht anerkennt. Im großen und ganzen kann man indes den Verfasser der Flugblätter und Druckschriften das Zeugnis nicht versagen, daß sie bestrebt waren, sich in den Grenzen des publizistischen Anstandes zu halten.

Das Prüfungsergebnis kann hiernach als ein ungünstiges nicht bezeichnet werden. Man darf deshalb den im vorigen Jahre vom Plenum gefaßten Beschluß, den im ersten ursprünglich vorgelegten Antrag die Entscheidung über den Fortbestand dieser Presseeinrichtung hinauszuschieben, nur begrüßen. Damit würde eine Überlegung freigegeben, die denn auch in langwierigen Verhandlungen ausgenutzt worden ist. Es setzte sich die Überzeugung durch, daß über diejenigen Fragen des öffentlichen Lebens, die nicht parteipolitische, sondern nationale Interessen betreffen, eine planmäßige Aufklärung nicht zu entbehren ist. Wir rechnen dahin den Schutz des Deutschtums, die Aufklärung über den Friedensvertrag, die Bekämpfung des Streikfeuers, die Interessensolidarität von Stadt und Land, die Verpflichtung der Landwirtschaft zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse, die Notwendigkeit der Steuerleistung und manches andere, das nicht besonders hervorgehoben zu werden braucht. Allerdings wird es Sache einer gutgeleiteten Presse sein, sich aller dieser Fragen anzunehmen. Daß aber

Das Neueste vom Tage.

In Leipzig kam es zu einer großen Kundgebung für die Wiedererlangung der deutschen Kolonien.

Der Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau, Gustav Müller, ist zum Dr. Ing. ehrenhalber der Technischen Hochschule Stuttgart ernannt worden.

Charles Doumont, der Berichterstatter der Finanzkommission in der französischen Kammer teilte mit, daß Frankreich 100 000 Beamte mehr hat, als vor dem Kriege.

Vom britischen Handelsamt wird der Wortlaut des englisch-russischen Handelsabkommens veröffentlicht.

Petersburg zählt nach den neuesten Berichten nur noch 250 000 Bewohner. Jede weitere Abwanderung ist verboten.

Es sind über Moskau Nachrichten verbreitet worden, nach denen die Araber bei Aleppo den Franzosen eine schwere Schlappe zufügten.

Am 20. Januar hat der Dampfer „Westarow“ mit einem Transport amerikanischer Milchkuhe Norfolk verlassen. Der Kurs geht nach Bremen.

Aus Indien wird der Ausbruch neuer Unruhen gegen die Engländer gemeldet. Die Bewegung hat eine sehr große Spannung hervorgerufen.

außerdem eine Stelle vorhanden ist, an der diese Arbeit sich konzentriert und die sich ihr ausschließlich widmet, erscheint nicht überflüssig. Welche Form man einer solchen Zentrale gibt, ob man sie als Privatorganisation aufstellt, oder als eine Abteilung des Auswärtigen Amtes bestehen läßt, oder dem Reichsministerium des Innern angliedert, ist lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage.

Die Entscheidung hierüber trifft der Hauptausschuß bei dem Etat des Auswärtigen Amtes, dem die Reichszentrale für Heimatdienst bisher unterstellt war, und später das Plenum. Vorher will der „Finanzdirektor“ Carl dem Hauptausschuß seine Auffassungen und Vorschläge unterbreiten.

Dr. Simons zur Abstimmung in Oberschlesien.

mit. Berlin, 25. Jan. Reichsminister Dr. Simons empfing heute einen Vertreter des W. L. V. zu einer Aussprache über die Abstimmung in Oberschlesien. Der Minister sagte u. a.: Nach den letzten aus Oberschlesien eingelaufenen Nachrichten ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung durchaus zuversichtlich. Überall herrscht die Überzeugung, daß bei einer dem Friedensvertrage entsprechenden, also einer freien, geheimen und unbeflügelten Abstimmung der gesunde Sinn der Bevölkerung diese zum Votum für Deutschland führen wird. An eindringlichen Vorstellungen der Bevölkerung Oberschlesiens über die Unsicherheit in den Grenzgebieten, über den mit den brutalsten Mitteln arbeitenden Terror und über die geistigen Minderheiten gewisser polnischer Kreise hat es nicht gefehlt. Auch die deutsche Regierung hat hierüber ausführlich mit überzeugendem Material verfehene Darlegungen gegeben. Deshalb erwartet man überall mit Bestimmtheit, daß die interalliierte Kommission sofort alle ihre Nachmittel anwenden wird, um geordnete Zustände herzustellen. Ich selbst erwarte das umso sicherer, als ja die interalliierte Kommission selbst nicht im Zweifel sein kann, daß nur nach völliger Herstellung von Ruhe und Sicherheit eine Abstimmung möglich ist, die ihre wirklichen Überzeugung der Bevölkerung entspricht und deshalb allseits anerkannt werden kann. Das geht aus den eigenen Praktiken der interalliierten Kommission hervor, mit denen sie früher die gleiche Ansicht zum Ausdruck gebracht hat. Zu diesem Zweck muß aber in erster Linie die Grenze auch gegen Polen abgegrenzt und gegenüber dem gemeinen und politischen Verbrechertum im Abstimmungsgebiet, sowie gegen alle Versuche durch Einschüchterung und Störung der Vorbereitungen und der Abstimmung selbst, das Abstimmungsergebnis zu fälschen, rücksichtslos durchgegriffen werden. Ich hoffe bestimmt, daß die interalliierte Kommission, die ihre Macht in Oberschlesien stets zu wahren bestrebt war, auch diese Pflicht mit allem Ernst und Nachdruck erfüllen wird. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sie mit scharfen Maßnahmen vorgehen wird, so daß der Erfolg nicht ausbleiben kann. Die Reichsregierung wird es jedenfalls auch ihrerseits an nichts fehlen lassen, um auf die Herbeiführung geordneter Verhältnisse in Oberschlesien hinzuwirken und eine ruhige Abstimmung zu sichern. Die Pflicht der abstimmungsberechtigten deutschen Bevölkerung ist es aber, auch ihrerseits zu helfen und die Abstimmung zu einem guten Ende zu

führen. Die große Zahl der Anmeldungen auswärtiger Stimmberechtigter zeigt schon jetzt, in welchem hohen Maße die heimats-treuen Oberschlesier sich dessen bewußt sind, daß niemand bei der Abstimmung fehlen darf und daß es auf jede Stimme ankommt, um einen Sieg zu erringen, der keine andere Entscheidung als das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland zuläßt. Die Termine für die Eintragung in die Listen sind sehr kurz bemessen. Die Frist für die Eintragung läuft am 3. Februar ab. Es darf keine Stunde für die Anmeldung verloren gehen. Sollte durch die Nachrichten über schwebende Verhandlungen betreffend die Abstimmungsmodalitäten und über die augenblicklichen Zustände in Oberschlesien da und dort eine Ungewißheit entstanden sein, so darf diese doch niemanden von sofortiger Anmeldung abhalten; denn nur dadurch kann sich jeder Oberschlesier das Abstimmungsrecht wirklich sichern. Wer die rechtzeitige Anmeldung unterläßt, verliert damit unwiderbringlich die Möglichkeit, später an der Abstimmung teilzunehmen und es wird ihn der schwere Vorwurf treffen, seine Heimat in ihrer Schicksalsstunde im Stich gelassen zu haben.

Keine Einigkeit in der Entwaffnungsfrage.

Die eilfertige und ängstliche Betonung voller Einigkeit durch das offiziöse französische Havasbüro mußte von vornherein verdächtig wirken. Der erste Verhandlungstag der Pariser Konferenz hat gezeigt, daß Lloyd George doch davor zurückzuckt, sich nun einfach dem Diktat des Herrn Koch zu beugen. Es hat gewiß wenig Zweck, auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Entente zu spekulieren, aber man wird es im deutschen Interesse dennoch mit Genugtuung begrüßen müssen, wenn Lloyd George entgegen dem durch Haß getriebenen Augen der Franzosen die Gefahr für den deutschen Osten sieht. Hoffentlich fällt er nicht wieder in letzter Stunde um, lediglich um die berühmte Einigkeit herzustellen. Diese kann wahrhaftig doch auch einmal dadurch in die Erscheinung treten, daß die französische Regierung Vernunft annimmt. Jedenfalls hat man die Entwaffnungsfrage nicht, wie die französischen Offiziere auf Vordruck verlinkelten an einem Tage erledigt. Und wenn man die deutschen militärischen Sachverständigen hören will, dürfte die Entscheidung über die Entwaffnungsfrage sich noch geraume Zeit hinziehen.

Die Entente-Sachverständigen zur Entwaffnungsfrage.

11. Paris, 26. Januar, (Sig. Draht). Militär-, Marine- und aeronautische Sachverständige haben gestern vormittag unter dem Vorsitz des Marschalls Foch in den Büros des französischen Generalstabes eine Sitzung abgehalten. Drei Berichte werden abgefaßt werden, ein militärischer, ein aeronautischer und ein Bericht über die Marine. Diese drei Berichte werden dann in einen einzigen zusammen gefaßt werden, der heute Mittwoch der Konferenz unterbreitet werden soll. Der Pariser Sonderberichterstatter der Central News will erfahren haben, daß in der gestrigen Sitzung der militärischen Sachverständigen beschlossen wurde, von Deutschland die Auslieferung von 450 Festungsgechützen, mehreren tausend kleinsten Kanonen und von 1½ Millionen Flinten und Flugzeugmaterial zu verlangen. Die 400 000 Mann starken Einwohnerwehren müssen innerhalb dreier Monate aufgelöst sein. Bei Nichtbefolgung der Bestimmungen würden die alliierten Truppen zur Besetzung des Ruhrgebiets schreiten.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Nachdem die Deutschnationalen immer mehr unter dem Einfluß des Grafen Westarp in das altkonservative Fahrwasser geraten sind und sogar Herr v. Hertel sein berühmtes Ordnungsprogramm aufgegeben hat, verschärft sich der Gegensatz zwischen den beiden Parteien, die bekanntlich, wenigstens nach ihrer Meinung, das Monopol des „Nationalen“ besitzen. Zumal die Deutschnationalen können es den Volksparteikern nicht verzeihen, daß sie nach dem Arm in Arm geführten Wahlkampf nicht daran gedacht haben, die Deutschnationalen zur Regierungsbildung aufzufordern. Es regnet daher auf deutschnationaler Seite Angriffe gegen die Volksparteier. Die Deutsche Volkspartei, die zwar erklärt hat, gegen die Demokraten mit aller Schärfe vorgehen zu wollen, will sich, wie der Abg. v. Kahr-dorff in Frankfurt erklärt hat, zwar wehren, aber nicht zum Gegenangriff vorgehen. So teilt wenigstens die Nationalliberale Korrespondenz mit, die noch vor einigen Tagen sich dagegen gewehrt hat, daß die Deutsche Volkspartei zu den Parteien der Rechten gehöre. Herr v. Kahr-dorff führte weiter aus, daß heute weder extrem links, noch extrem rechts regiert werden könne. Eine starke Mitte müsse maßgebend sein, für innere und äußere Politik. Das ist sehr richtig und man muß der Volkspartei Lobend zugesprechen, daß sie nach den Reichstagswahlen auf all ihre schönen Versprechungen und auf alle ihre Programmgrundsätze, die sie im Wahlkampf vorgebracht hatte, verzichtet hat, die demokratischen Forderungen angenommen hat und demokratische Politik der Mitte treibt. Unverfänglich ist es aber, daß dieselbe Partei den Demokraten in Mecklenburg vorwirft, daß sie versucht haben, eine Regierung der Mitte von den Mehrheits-sozialdemokraten bis zur Volkspartei zustande zu bringen. Sollten sich die Vorwürfe nicht eher gegen die Volksparteier in Mecklenburg richten, die die von Kahr-dorff mit Recht verlangte Politik der Mitte verhindert haben und ebenso in Ripppe. Die Nationalliberale Korrespondenz greift den Demokraten Neumann-Hofer an, weil er

Die Partei im Wahlkampf gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen in der Regierung festgelegt habe. Dadurch sei, trotzdem die sozialdemokratische Mehrheit verschwunden ist, eine rein bürgerliche Regierung unmöglich gemacht. Was heißt denn das „rein bürgerliche Regierung“? Doch nichts anderes als eine Regierung der Rechten gegen die Linke. Eine Politik, die doch keineswegs der von Rathenow betonten Notwendigkeit einer Regierung der Mitte entspricht. Auch in Lippe wird eine Regierung von Sozialdemokraten bis Deutsche Volkspartei möglich sein. Wir sind gespannt, ob die Deutsche Volkspartei wiederum die Regierung der Mitte scheitern lassen wird.

Ein gründlicher Irrtum.

Unter der törichtsten Spitzmarke „Die Demokraten verlangen Schöpfung im Wahlkampf“ zitiert die „Tägliche Rundschau“ die Erklärung Dr. Petersen in Magdeburg, daß die Deutsche demokratische Partei es ablehnen wird, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen, wenn bei den Preußischen Wahlen von den gegnerischen Parteien der Wahlkampf wieder wie bei der letzten Reichstagswahl geführt werde. Das Blatt höhnt, man solle die „Sünden der demokratischen Partei verulken“, spricht von einer „Bedrängnis“ und von „Mägen“ und meint, daß die Deutsche demokratische Partei „anscheinend einen scharfen Wahlkampf nicht mehr zu ertragen“ vermöchte. O nein, gerade die „Tägliche Rundschau“, das Organ des volksparteilichen Abg. Rippler, weiß sehr genau, was Dr. Petersen gemeint hat. Wir scheuen keinen scharfen Wahlkampf, aber der „Täglichen Rundschau“ blieb es im letzten Reichstagswahlkampf vorbehalten, in einem Leitartikel, den Reichspräsidenten als „Kneipwirt“ und den Reichskanzler als „Reisenden in Spillklosetts“ zu bezeichnen. Jetzt macht sich in jenem Typ der volksparteilichen Blätter, der durch die „Tägliche Rundschau“ mit repräsentiert wird, eine Schmähsucht gegen die Deutsche demokratische Partei breit, von dem auch der zitierte Passus Zeugnis ablegt. Andere volksparteiliche Organe verächtlichen die zweifelsfreie nationale Haltung der Deutschen demokratischen Partei und sehen in dem ganzen Wahlkampf nur auf die Mandate, aber nicht auf die allgemeinen Interessen. Gegen diese hemmungslose Agitationspolitik, von der übrigens auch ein Teil der Sozialdemokratie keineswegs freizusprechen ist, hat sich Dr. Petersen in Magdeburg gewendet.

Reichstag.

Der Reichstag hat gestern den Beschluß seines Geschäftsausschusses bestätigt, wonach dem Ersuchen, auf Einleitung eines Verfahrens wegen Verletzung der Eidespflicht in fünf Fällen, durch den Abg. Erzberger stattgegeben wird. Diese Stellungnahme war seit Langem bekannt und die Haltungen des Plenums vorauszusehen. Die Sache hätte also gestern in zwei Minuten erledigt werden können, da man sich allerseits darüber einig war, daß es nach seinem eigenen Eingeständnis im Interesse Erzbergers selbst läge, daß es ferner die Würde des Hauses und die öffentliche Meinung verlange, die Immunität in diesem besonderen Falle aufzuheben. Aber die äußerste Linke dachte anders. Die Herren Geier, Lehn, Ledebour taten sich zusammen und vertraten die an sich vielleicht nicht ganz unverständliche Auffassung, daß man mit diesem Beschluß die Geschäfte der äußersten Reaktion betreibe, wobei allerdings zu bemerken ist, daß sowohl Unabhängige wie Kommunisten im Ausschusse der Strafverfolgung ihre Zustimmung gegeben hatten. Der Widerpruch des Deutschnationalen Abg. Düringer, übte natürlich das Gegenteil der erhofften Wirkung aus, bis der demokr. Abg. Waldstein ruhig, aber nachdrücklich der nächstern Sachlage gegenüber dem kommunistischen Ueberblich zu ihrem Rechte verhalf. Gegen Unabhängige und Kommunisten wurde schließlich, wie bereits gesagt, der Ausschussbeschuß zum Beschluß des Hauses erhoben. Darauf gab zum Justizetat der Reichsminister Dr. Heinze einen umfassenden Ueberblick über die Gesamttätigkeit seines Ressorts, deren Schluß sogar ins Hochpolitische spielte. Bekanntlich ernennt Herr Heinze auf dem Gebiete der Justizreform vieles, was unter anderem sein Amtsvorgänger, der Demokrat Schiffer, fähe. Herr Heinze führte eine ansehnliche Reihe fertiger und in Arbeit befindlicher neuer Entwürfe auf und in der Tat befinden wir uns im Zusammenhang mit der politischen Wandlung auch inmitten eines umfassenden Reformprozesses auf dem Gebiete des gesamten Rechtslebens. Herr Heinze nannte mit dem neuen Strafgesetzbuch ein neues Strafvollzugsgesetz, Änderungen zum B. G. B., das Betriebsbilanzgesetz, die neue Strafprozessordnung, Reform des ganzen Prozeßrechts, eine neue Zivilprozessordnung und a. m. Also ein fast überreiches Programm, bei dem hoffentlich jetzt und in Zukunft das Vollbringen nicht allzuweit hinter dem Wollen zurückbleibt. Herr Heinze beleuchtete am Schluß in außerordentlich bedeutsamer Weise die Fragen des Reichsgerichtsverfahrens gegen die „Kriegsverbrecher“ und teilte mit, daß schon in der nächsten Woche ein deutscher Reichsanwalt nach London gehen wird, um so das Verfahren zu fördern. Im Ganzen sei, so hob er hervor, die bisherige Rangsamkeit des „modus procedendi“ allein auf diesen selbst und seine Unfähigkeit zurückzuführen. Für diese Feststellung fand der Minister den besonderen Beifall seiner Freunde, dagegen war der Sozialdemokrat Radbruch, Prof. des Rechts in Kiel, mit ihm weit weniger zufrieden und auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Well hatte manche Beschwerden. Um 6 Uhr abends war das Ende der Aussprache noch nicht abzusehen. Zu den auf der Rednerliste Gemeldeten gehörte auch Frau Dr. Lüders, die namens der demokratischen Fraktion sprechen wird.

Rundschau.

Der Staatsgerichtshof. Der nach der Verfassung einzurichtende Staatsgerichtshof hat zwei Aufgaben: 1. Verfassungsrechtliche und verwaltungsrechtliche Streitigkeiten zu entscheiden, 2. die Verhandlung und Entscheidung über Anklagen des Reichstags gegen den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister wegen schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung oder eines Reichsgesetzes. Nach der ersten Lesung des Zwanzigsten Ausschusses wird der Staatsgerichtshof für die erste Materie beim Reichsverwaltungsgericht errichtet, während über die Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes über Ministeranfragen eine Einigung in erster Lesung nicht erzielt werden konnte. Bei der gestrigen zweiten Lesung wurde der Antrag des Abg. Waldstein angenommen, nach dem der Staatsgerichtshof

für die Anklagen besteht aus dem Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden, je einem Mitglied des preussischen Obergerichts, des bayerischen Obersten Landesgerichts, des hanseatischen Oberlandesgerichts, einem deutschen Rechtsanwalt und zehn weiteren Beisitzern. Die Mitglieder der genannten drei Gerichte werden vom Präsidium ihres Gerichtes, der Rechtsanwalt vom Vorstande der Anwaltskammer beim Reichsgericht gewählt. Die zehn Beisitzer wählt der Reichstag und der Reichsrat je zur Hälfte. Ihr Amt dauert so lange, wie der Reichstag.

Die Arbeitslosenversicherung kann endgültig einstweilen nicht geregelt werden: Das Arbeitsministerium hat den ursprünglichen Entwurf zurückgezogen. Solange die Lebensverhältnisse bestehen und eine Wirtschaftskrise herrscht, würden die örtlichen Rassen zusammenbrechen. Wie wir erfahren, wird man einen vorläufigen Entwurf einbringen und an dem System der Arbeitslosenversicherung zunächst festhalten. Für diese Fürsorge werden bis Ende des laufenden Etatsjahres etwa eine Milliarde Mark ausgegeben sein.

Herford u. Minden-Ravensberg.

26. Januar.

Abweichungen der Bewertung der Grundstücke nach der N.D. gegenüber der Besitzsteuer und den Kriegsabgaben.

Von Geheimen Regierungsrat Dr. jur. Seidel.

Die materiellen Bewertungsvorschriften der N.D. (§ 137 ff.), welche im übrigen für alle Steuergesetze mit der N.D. in Kraft getreten sind (§ 451), gelten nicht für das Wehrtragsgesetz, das Besitzsteuergesetz und die ganze auf dem Besitzsteuergesetz beruhende Kriegssteuererhebung; für diese sind vielmehr noch die früheren Bewertungsvorschriften in Geltung.

Nachdem durch den Erlaß des Reichsfinanzministers vom 20. März 1920 zugestanden ist, daß die dauernd dem Betrieb gewidmeten Gegenstände jetzt zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis abzüglich angemessener Abnutzung bewertet werden (§ 139 II N.D.), besteht ein wesentlicher Unterschied hinsichtlich der Bewertung nur bei Grundstücken. Sowohl die N.D. als die älteren Vorschriften legen bei Bewertungen im allgemeinen den gemeinen Wert zugrunde. Der gemeine Wert wird nach § 138 N.D. durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Gegenstandes unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände bei einer Veräußerung zu erzielen wäre; ungewöhnliche oder lediglich persönliche Verhältnisse sind nicht zu berücksichtigen.

Nach § 154 N.D. ist aber das bewegliche Inventar eines Grundstücks nicht zu berücksichtigen und der Wert von Maschinen sowie sonstigen Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage des Grundstücks verwandt sind, abzurechnen oder nicht zu berücksichtigen. Dies gilt sogar auch dann, wenn es sich um wesentliche Bestandteile — eingebaute Maschinen und Vorrichtungen — handelt. — Nach den Kriegssteuererlassen bestand diese Bestimmung nicht.

Falls Steuern von Vermögen (einschließlich der Erbschaftsteuer) in Betracht kommen und die einzelnen Steuererlässe nichts anderes vorschreiben, ist nach der N.D. bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken, sowie bei bebauten Grundstücken, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind und bei denen die Bebauung und Benutzung der ortsfestlichen Bebauung und Benutzung entspricht, der Ertragswert zugrunde zu legen und zwar ohne Antrag des Steuerpflichtigen.

Auch das Besitzsteuergesetz läßt eine andere Bewertung als nach dem gemeinen Werte zu, jedoch nur auf Antrag des Steuerpflichtigen und zwar bei alten Grundstücken nach dem Gesehungspreise, der sich aus den Kosten der Erhebung und Unterhaltung zusammenstellt.

Der Gesehungspreis kommt für Grundstücke nach der N.D. nicht mehr in Frage.

Als Ertragswert gilt nach § 152 Absatz 3 bei land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken das Fünftundzwanzigfache des Reinertrages, den sie nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen mit entlohnenden Arbeitskräften im Durchschnitt nachhaltig gewähren können. Die der Land- und Forstwirtschaft oder der Gärtnerei dienenden Gebäude und Betriebsmittel werden nicht besonders bewertet, sondern bei der Ermittlung des Ertragswertes einbezogen.

Bei der zweiten Kategorie, den Hausgrundstücken, gilt als Ertragswert das Fünftundzwanzigfache des Miet- oder Pachttrags, der in den letzten drei Jahren im Durchschnitt erzielt worden ist oder im Falle der Vermietung oder Verpachtung hätte erzielt werden können, nach Abzug von einem Fünftel für Nebenleistungen und Instandhaltungskosten ohne Rücksicht darauf, ob die hierzu notwendigen Arbeiten von dem Steuerpflichtigen selbst oder durch entlohnte fremde Arbeitskräfte geleistet worden sind.

In allen Fällen kann der Steuerpflichtige aber verlangen, daß statt des Ertragswertes der gemeine Wert der Bewertung zugrunde gelegt wird. Dieses Recht erlischt, wenn es nicht spätestens bis zum Ablauf der mit der Zustellung des Wertfestsetzungs- oder Steuerbescheides eröffneten Rechtsmittelfrist geltend gemacht wird.

a. Vorbesprechungen zur Kreistagswahl. Montag nachmittag, 2½ Uhr, fand im Evangel. Vereinssaal eine Besprechung über die Aufstellung einer gemeinsamen Liste für die Kreistagswahlen unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgeschäftsrat Vode-Winde statt, an der Vertreter der verschiedenen Berufsorganisationen sowie der politischen Parteien teilnahmen. Nach langwierigen Verhandlungen kam eine Einigung dahin zustande, daß unter Berücksichtigung der hauptsächlich wirtschaftlichen Tätigkeit des Kreistages die Liste nach Berufsständen aufgestellt werden sollte. Die Verteilung der einzelnen Berufsstände auf der Einheitsliste

zeitigte nach ebenfalls schwierigen Auseinandersetzungen folgendes Ergebnis: 1. Landwirt, 2. Handwerker, 3. Industrieller, 4. Landwirt, 5. Handwerker, 6. Arbeiter, 7. Angestellter, 8. Landwirt, 9. Beamter, 10. Handwerker, 11. Landwirt, 12. Industrieller, 13. Handwerker, 14. Landwirt, 15. Landwirt, 16. Industrieller, 17. Landwirt, 18. Handwerker, 19. Freier Beruf (Arzt), 20. Industrieller, 21. Beamter, 22. Angestellter, 23. Arbeiter, 24. Landwirt, 25. Industrieller, 26. Landwirt, 27. Industrieller, 28. Landwirt. Von den Handwerkern wurden für ihre Plätze vorgeschlagen die Herren: Pott-Bünde, Jburg-Lotho, König-Böhne, Grieb-Engel, Krefft-Spenge. Von den Vertretern der Industrie und des Kleinhandels wurden vorgeschlagen die Herren: 1. Kommerzienrat Steinmeister-Bünde, 2. Buchdruckereibesitzer Niemann-Engel, 3. Zigarrenfabrikant Schöning-Lotho. Die weiteren Vorschläge auch der Berufsorganisationen werden bis zum Donnerstag gemacht werden, sodas an dem Zustandekommen der Einheitsliste nicht mehr zu zweifeln ist. Von den Vertretern der politischen Parteien erklärten die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei, die Liste in dieser Form annehmen zu wollen. Die Entsendung der Deutschnationalen Volkspartei wird am heutigen Mittwoch fallen, aller Aussicht nach ebenfalls zustimmend. Von den bisher vorgeschlagenen Kandidaten gehören der Deutschen Demokratischen Partei an: Herr Malermeister Jburg-Lotho, der an die fünfte Stelle kam und Buchdruckereibesitzer Niemann-Engel auf der 12. Stelle. Für den Beamten an 21. Stelle ist ebenfalls ein Demokrat, Kreisoberstraßenmeister Jähnisch-Bünde in Aussicht genommen.

Keine Krise in der Brotversorgung zu befürchten. Wie das B. L. von unterrichteter Seite hört, haben sich die Behörden mit Getreide für die Brotversorgung bis Anfang Mai bereits eingebedeckt. Die Einkaufsmöglichkeiten sind angesichts der überaus hohen Getreidevorräte nicht ungenügend. Im Zusammenhang damit steht das Sinken des Dollarkurses, der die Einkäufe für den Bedarf des laufenden Jahres zu immerhin günstigen Preisen ermöglicht. Da auch für den Bezug des australischen und argentinischen Getreides der Dollar die Grundlage ist, ist eine Krise in der Brotversorgung wie im vorigen Jahre, die zur Streckung des Brotgetreides mit unwertigen Stoffen führte, in diesem Jahre nicht zu befürchten.

Der 31. Januar als Steuertermin. Die Besitzer selbstgezeichneten Kriegaanleihen haben am 31. Januar die letzte Möglichkeit, ihre Kriegaanleihestücke bei Entrichtung des Reichsnotopfers in Zahlung zu geben. Der Steuerausgleich des Reichstags will den Kreis der selbstgezeichneten Kriegaanleihen dadurch erweitert wissen, daß von den Abgabepflichtigen vor Ende 1918 erworbene Anleihestücke, die sich seit der Erwerbung ununterbrochen im Besitz des Erwerbers befinden, zu dem nachgewiesenen Erwerbspreis in Zahlung genommen werden sollen. Mit der gleichen Mehrheit hat ein Antrag Helferich Annahme gefunden, der die Frist für die Annahme selbstgezeichneter Kriegaanleihen zum Nennwert bis einem Monat nach Erteilung des Steuerbescheides erstrecken will. Das Reichsfinanzministerium hat sich bisher gegenüber diesen weitergehenden Wünschen ablehnend verhalten. Der 31. Januar bleibt somit, wenn dieser Standpunkt aufrechterhalten wird, der letzte Termin für die Vergünstigung, die das Gesetz selbstgezeichneten Kriegaanleihen bei Entrichtung des Notopfers zugestanden hat. Für die Umsatzsteuer hat der 31. Januar doppelte Bedeutung. Spätestens am 31. Januar muß die Umsatzsteuererklärung in den Händen der Behörde sein. Andernfalls kann nach § 170 Abs. 2 N.D. ein Zuschlag bis zu 10 Prozent der endgültig festgesetzten Steuer dem säumigen Steuerpflichtigen auferlegt werden. Gleichfalls am 31. Januar endet die Frist, innerhalb welcher bei Anzahlungen auf die Umsatzsteuer 6 Prozent Zinsen vergütet werden. Die nach dem 31. Januar bewirkten Anzahlungen, die jederzeit in beliebiger Höhe an die Umsatzsteuerfassen geleistet werden können, werden vom Tage der Zahlung an mit 5 Prozent verzinst. Die vergüteten Zinsen werden nach Festsetzung des endgültigen Umsatzsteuerbetrages bei der Restzahlung in Anrechnung gebracht. Um der bedürftigen Reichskasse auch künftighin möglichst schnell größere Vermittel zuzuführen, soll an der jetzt eingeführten Prozeß festgehalten werden. Je früher also der Steuerpflichtige eine Anzahlung leistet, desto größer der aus der Zinsvergütung resultierende Vorteil.

Erhöhung der Fernspreckgebühren in Herford. Für das Ortsfernprecknetz in Herford erhöht sich vom 1. April d. Js. ab die Pauschalgebühr von 600 M auf 640 M und die Grundgebühr von 240 M auf 300 M jährlich. Die Teilnehmer, welche dieser Erhöhung wegen vom 1. April ab auf die Anschlüsse zu verzichten wünschen, sind berechtigt, sie spätestens bis zum 1. März bei dem Postamt in Herford schriftlich zu kündigen. Teilnehmer, die an Stelle der Pauschalgebühr: 1. die Grundgebühr von 300 M, 2. die Gesprächsgebühr von 20 Pfg. mindestens 80 M jährlich entrichten wollen, haben dies ebenfalls bis zum 1. März dem genannten Postamt schriftlich mitzuteilen. Sie erhalten alsdann zum 1. April andere Anschlußnummern.

Keine unnötige Beunruhigung wegen der Cholera-gefahr! Der amtliche preussische Pressedienst gibt folgende Meldung aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium wider: Durch russische Kriegsgefangene ist die Cholera mehrfach nach Polen eingeschleppt worden. Auch in verschiedenen Orten längs der deutschen Grenze wurden Erkrankungen festgestellt. Unsere Medizinalbehörden haben daraufhin alle Maßnahmen getroffen, um den unheimlichen Gast von unseren Grenzen fernzuhalten und für alle Fälle gerüstet zu sein, wenn die Cholera auch bei uns eingeschleppt werden sollte. Auch sind die beamteten und praktischen Ärzte auf die Gefahr aufmerksam gemacht und veranlaßt worden, auf verdächtige Durchfälle zu achten und bei solchen sofort eine bakteriologische Untersuchung zu veranlassen. Wie die häufigen Einbrüche der Cholera nach Deutschland während des Krieges und zuletzt im Jahre 1918 nach Berlin gelehrt haben, ist die Gefahr einer weiteren Ausbreitung der Seuche bei uns nicht groß, wenn nur die ersten Erkrankungen richtig erkannt und sofort gemeldet werden. Grund zur Besorgnis liegt daher umso weniger vor, als die Binnenverkehrsverhältnisse, die sonst hauptsächlich zur Verschleppung der Cholera Anlaß gibt, zur Zeit fast ganz ruhen und auch die Jahreszeit im allgemeinen der Verbreitung der Cholera nicht günstig ist.

H. Ge...
Das Stenog...
zu Bielefeld...
brillanten H...
und beschloß...
nachmittags...
abzuhalten...
spätestens z...
reichen. Be...
Personen, d...
nachweislich...
befagen die...
do 1 M von...
lefeld bezog...

— We...
des preussis...
juristische E...
Referendar...
lichen Gesell...
Dienstgeschä...
Gerichtsdire...
anwalte nic...

e. Volk...
hochschule a...
Vorträge de...
wird nochm...
Uhr in der...

r. Besen...
Lehr der M...
gehen, hatten...
wärtige Gasts...
jeglichem poli...
was unsere L...
gut schufen...
vereinigten G...
für die hiesig...
solle. Und a...
wartungen in...
1. und 3. Str...

— Die...
Geschichte von...
Eingangssehr...
nehmer Kri...
an jener dem...
haften und i...
Schandfrieden...
erklang aus...
kleide noch d...
des Gemischte...
sehung. Bei...
wohl manche...
Raterlandes...
Sunderfö...
bilde das t...
Geister". G...
bei der Em...
Bergmaffen...
1870. Zwer...
Zrommelland...
Kriegerhäuser...
meiden die b...
dieses Gedank...
Reigentanz u...
licher Verhe...
heldenhaften...
Einigungsge...
die Widersteh...
Mahnung zu...
Gleich und G...
in für diese...
wie hier gel...
Eache die g...
ganzen Ante...
Wechsel folg...
Deflamation...
Wanderjüng...
schönsten Me...
Landes" (von...
der Kapelle...
daß diese in...
Das Quartel...
Höbrod, Böh...
werden muß...
Hüter in de...
trophe. „G...
ausnahmslos...
immerungsfe...
schöner kaum...
Grenzspende...

Die „Sip...
Freistadt Sip...
Es bleibe...
ergeben...
Mehrheit...

Nä...
FÜR HA...
sowie v...
Reparatur...
H...
Fornat 9...

H. Geschäfts- und Verwaltungsstenographenprüfung.
Das Stenographische Prüfungsamt bei der Handelskammer zu Bielefeld hat am 24. Januar unter dem Vorsitz des Fabrikanten Herrn Karl Baumhöfener zum ersten Male getagt und beschlossen, die erste Prüfung Mittwoch, den 28. Febr., nachmittags 2 Uhr, in der Stadt. Handelschule zu Bielefeld abzuhalten. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind bis spätestens zum 9. Februar bei der Handelskammer einzureichen. Berechtig zur Teilnahme an der Prüfung sind Personen, die im Bezirk der Handelskammer wohnen oder nachweislich in ihm Stellung nehmen wollen. Alles Nähere besagen die Prüfungsbestimmungen, die gegen Einsendung von 1 M. von der Geschäftsstelle der Handelskammer zu Bielefeld bezogen werden können.

— Weibliche „Referendare“. Nach einer Verfügung des preussischen Justizministers können Frauen, die die erste juristische Staatsprüfung bestanden haben, nunmehr zum Referendar ernannt werden, jedoch dürfen Personen weiblichen Geschlechts nur selbständigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Staatsanwaltes oder eines Gerichtsschreibers, sowie zur Vertretung eines Rechtsanwaltes nicht bestellt werden.

e. Volkshochschule. Auf die im Lehrgang der Volkshochschule auch für nicht eingetragene Hörer stattfindenden Vorträge des Stadtdirektors Dr. Salecker über Sexualhygiene wird nochmals hingewiesen. Die Vorträge beginnen 7.30 Uhr in der Aula des Gymnasiums.

Amt Enger.

r. Besenlamp. In dem Gedanken, die 50jährige Wiederkehr der Reichsgründung durch eine würdige Feier zu begehen, hatten, sich am Sonntag die Gemeinde Besenlamp und auswärtige Gäste in den Räumen der Schule versammelt. Frei von jeglichem politischem Parteilichum sollte einmal dessen gedacht werden, was unsere Väter uns mit dem 18. Januar 1871 als kostbares Erbgut schufen. — Wer den Andrang der Menschenmenge zu den beiden vereinigten Klassenzimmern beobachtete, mochte ahnen, daß etwas für die höchsten Verhältnisse Außergewöhnliches geboten werden sollte. Und doch war wohl keiner, der am Schluß nicht seine Erwartungen übertroffen gesehen hätte. — Die Feier begann mit der 1. und 3. Str. des Altniederländischen Gebets. Darauf führte Herr Hauptlehrer K. o. die Anwesenden an den Marsteinen der deutschen Geschichte vorbei und hob jeweils den Einigungsgedanken und die Einigungsfeiern der Besten unseres Volkes hervor — unter vornehmer Kritik der erscheinenden Fehler — bis zu ihrer Vollendung an jener denkwürdigen Stelle, wo vor kurzem dem beneideten, geachteten und doch gedachten Volk der Deutschen der beispiellose Schandfrieden aufgezwungen wurde. Das „Hoch auf's Vaterland“ erklang aus Herzen, denen das Land der Väter auch im Bettlerkleide noch das Liebkosende ist. Dieser Gedanke fand in dem Vortrage des Gemeindeführers, des treuen deutschen Herzens, seine schönste Fortsetzung. Bei den Klängen des „Andreas Hofer-Marsches“ gedachte man sich der treuen Volksgenossen, die für die Freiheit des Vaterlandes in den Tod gingen. Darauf sang Herr Lehrer S. u. d. d. das Weiserlied. — Den Glanzpunkt des Abends bildete das von Kindern aufgeführte Festspiel „Deutschlands gute Geister“. Ein entzückendes Bild lieblichster Anmut boten Elfen bei der Enttarnung vor den sich im Hintergrunde aufstürmenden Bergmassen des Aufstiegs in den Tagen der Kriegserklärung von 1870. Zweige unterrichteten sie bei fernem Schirmglocken- und Trommelschlag über den Gedanken der Reichswiedergeburt in der Aufstiegsfeier. Die hinzutretenden Nixen der deutschen Ströme webten die begeisterte Erhebung aller deutschen Stämme im Dienste dieses Gedankens. Das zweite Bild zeigte anfangs in niedlichem Reizentanz und Wechselgefang der Elfen und Nixen unter symbolischer Verherrlichung des Frühlings und in der Schilderung des heldenhaften Ringens der Krieger die nahende Verwirklichung des Einigungsgedankens, bis die Zweige seine endliche Erfüllung und die Widerkehr der alten Barbarossaherrschaft verkündeten. Mit der Mahnung zum Festhalten an alter urdeutscher Sitte, an Treue, Fleiß und Frömmigkeit schließt das Stück. — Was an Bühnenkunst in für diese Zwecke doch wahrlich nicht glänzenden Verhältnissen wie hier geleistet werden kann, wenn Mühseligkeit und Liebe zur Sache die Triebfedern bilden, hat wohl noch keine Gemeinde im ganzen Lande und Kreise in diesem Maße erfahren, in stimmungsvoller Folge der Männerchor mit dem „Vaterlandsgruß“, die Deklamation „Vaterland“ (von G. M. Kndt), der Musikverein mit „Wanderfänge — Heimatlänge“ der Kinderchor „Nimm deine schönsten Melodien“, die Deklamation „Den Schönen des Vaterlandes“ (von Wildenbruch) und der „Finnländische Reitermarsch“ der Kapelle. Die Darbietungen der Chöre und der Kapelle zeigten, daß diese in Herrn A. H. b. o. den besten Leiter gefunden haben. Das Quartett „Matrosengrab“ (gesungen von den Herren Fischer, Albrecht, Böhm und Sanderbitter) gefiel so gut, daß es wiederholt werden mußte. Noch einmal sang der Tenor des Herrn Sanderbitter in dem Solo „Stolzengels“. Mit der gemeinsamen Liedstrophe „Einigkeit und Recht und Freiheit“ schloß die Feier. Wohl ausnahmslos waren die Erscheinungen der Ansicht, daß eine Erinnerungsfest an die Einigkeit und Größe des Deutschen Reiches schöner kaum begangen werden konnte. Eine Teller Sammlung für die Grenzspende ergab den schönen Betrag von M. 229.95.

Wippische Freistaaten.

Deutschnationale Erkenntnis in Wippe.

Die „Wipp. Tageszeitung“, das Organ der Deutschnationalen im Freistaat Wippe, schreibt über die Landtagswahlen u. a. folgendes: Es bleibt also dabei, daß klare Mehrheitsverhältnisse sich nicht ergeben haben und daß theoretisch wenigstens — verschiedene Mehrheiten gebildet werden können. Ob das in der Praxis

auch möglich sein wird, das ist eine ganz andere Frage. Da kann es sehr leicht so kommen, daß man wie im Reich lange experimentieren muß, bevor eine Regierung zustande kommt und ob sich je eine klare und dauernde Mehrheitsregierung herausbilden wird, das weiß man noch nicht.

Sobiel man hört, erklären sozialdemokratische Führer, daß sie nicht daran denken, mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden. Bleiben sie bei dieser Weigerung, dann ist jene sozialdemokratisch-demokratische Regierung ständig von der Gnade des einen Kommunisten abhängig, jeden Tag könnte er eine Mißtrauensklärung der Rechtsparteien unterstützen und dadurch zu einem Regierungsturz beitragen. Andererseits ist eine Rechtsmehrheit nicht vorhanden, eine reine Rechtsregierung also nicht möglich. So schön der Erfolg der Rechten gewesen ist, er hat nicht ausgereicht, die bisherige große Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln, der eine geschlossene Mehrheit gegenübersteht; die außerordentliche Zersplitterung hat dazu beigetragen, daß jetzt alles in der Schwebe ist und auf des Messers Schneide balanciert.

D. h. also die Deutschnationalen sind außerstande etwas zu ändern an den Verhältnissen. Sie sind nun und nimmer in der Lage, ihre berghohen Versprechungen zu verwirklichen. Dasselbe gilt von der Deutschen Volkspartei.

Zur Wippischen Landtagswahl.

c. Detmold. Durch Wahlbriefe sind für die Landtagswahl noch folgende Ergebnisse eingegangen: Demokraten 73, Deutschnationale 180, Deutsche Volkspartei 146, Gewerkschaftsbund 30, Mehrheitspartei 284, Unabhängige 46, Kommunisten 28. An der Zusammenfassung des Landtags ändern diese Zahlen nichts. — Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, legt die Deutsche Volkspartei großen Wert darauf, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Sie dürfte als Kandidaten zum Landespräsidium den früheren Leiter der L. W. G., Herrn Kühne, in Vorschlag bringen. Es ist immerhin interessant, daß sich die Deutsche Volkspartei bereits mit diesem Erwählungsbefähigt und daß sie offenbar einen nicht im Parlament sitzenden Herrn für das Landespräsidium präferieren würden. Die Erwählungen, die hierzu führen, dürften die sein, daß der Abg. Richard Müller als Vorsitzender der demnächstigen Fraktion der Volkspartei im Landtag auszuweisen ist.

wth. Dresden. Nach amtlichen Feststellungen hat das Dessauer Grubenunglück bisher bereits 52 Tote gefordert. Bei 2 Schwerverletzten ist es fraglich, ob sie noch gerettet werden können. Das Personal und die Ärzte des Hospitals arbeiten seit 36 Stunden ununterbrochen mit Sauerstoffpumpen. Allein es ist ihnen trotz aller Anstrengungen nicht möglich, die allein durch Gasvergiftung Verletzten am Leben zu erhalten. Für sämtliche Toten findet eine gemeinsame Trauerfeier statt.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

wpl. Berlin. Die kirchlichen Wahlen in Groß-Berlin fanden am Sonntag unter großer Beteiligung statt. Zu einem Wahlkampf kam es nur in einem Teil der Gemeinden, wo Liberale und Sozialisten sich schroff gegenüberstanden. In allen bisher liberalen Kirchengemeinden und dort, wo sogenannte gemeinschaftliche Listen aufgestellt waren, verliefen die Wahlen vollkommen ruhig. Ein Gesamtergebnis liegt noch nicht vor.

Königsberg. Am Sonntag morgen fuhr der Hamburger Dampfer Hedwig Fischer, als er die Eisenbahnbrücke passierte mit starkem Antrieb gegen das noch nicht geöffnete Durchschiff der Brücke, sodaß diese schwer beschädigt wurde. Die Brücke mußte für Fußgänger und Eisenbahnverkehr in der Richtung Rabiau-Tilfit-Memel und nach Pillau gesperrt werden.

Oldenburg. In der Nacht zum 25. Januar haben zwei Männer beim Landwirt Jers und bei der Witwe Willms in Jeringhose bei Barel einen Einbruch verübt. Die Burschen verlangten Geld und haben die Witwe Willms durch Revolvererschüsse getötet. Die Mörder haben sich mehrere Stunden im Hause aufgehalten und sind dann unter Mitnahme von Schinken, Speck, Schmuckstücken und 20 Mark Bargeld verschwunden.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

	25. Jan.	26. Jan.	27. Jan.
Telegraphische Auszahlungen:			
Amsterdam-Rotterdam 100 Fl.	1863,10	1866,50	1988,00
Brüssel-Antwerpen 100 Frs.	438,55	439,45	438,55
Christiania 100 Kr.	108,99	109,10	1156,30
Kopenhagen 100 Kr.	1143,35	1146,15	1201,25
Stockholm 100 Kr.	1211,25	1213,75	1283,70
Göteborg 100 Kr.	188,80	190,00	205,75
Stettin 100 Mark.	210,75	213,25	215,75
London 100 £.	213,00	213,50	224,75
New York 100 \$.	56,56 1/2	56,68 1/2	59,44
Paris 100 Frs.	420,55	421,45	420,55
Schweiz 100 Frs.	884,10	885,90	984,05
Spanien 100 Ptas.	771,70	773,30	789,20
Wien (alt.) 100 Kr.	16,48	16,52	15,77
Wien (Deutsch-Oesterreich abg.)	76,90	77,10	79,15
Wien (alt.) 100 Kr.	11,80 1/2	11,84 1/2	10,93
Budapest 100 Kr.	11,80 1/2	11,84 1/2	10,93

Beschwerden

Aber unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Rennstr. 29/31 (Fernsp. 83) zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Verantwortlicher Redakteur: i. V. Fr. Bierstedt; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Wese; beide in Herford.

Mittwoch, den 26. Januar 1921, nachmittags 5 1/2 Uhr:

Sitzung des Ausschusses der Stadtverordneten.

Herford, den 23. Januar 1921.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses: Vücken.

Tagesordnung

zu der am

Freitag, den 28. Januar 1921, 5 1/2 Uhr nachmittags

stattfindenden

Stadtverordneten-Sitzung,

zu der die Stadtverordneten und der Magistrat unter Hinweis auf die untenstehende Tagesordnung eingeladen werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß gemäß § 42 der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 über die Punkte 4, 5, 6, 7 a—d, die zum zweiten Male auf der Tagesordnung stehen, verhandelt wird, auch wenn nicht genügend Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung erschienen sind.

1. Einführung und Verpflichtung der Stadtverordneten Kaiser und Hl. Rollmann.
2. Mitteilungen.
3. Vorlagen des Magistrats betr. Steuerverordnung über die Gemeindebesteuerung des reichssteuerfreien Einkommens.
4. Beendigung des Wahlaktes betr. Wahl des Vorstehers, Kommissars.
5. Wahl des stellvertretenden Vorstehers und des stellvertretenden Schriftführers.
6. Wahl des Stadtverordneten-Ausschusses.
7. Vorlagen des Magistrats, betreffend:
 - a) Erhöhung der Vergütung für nebenamtlichen Fortbildungsschulunterricht.
 - b) Aufnahme einer Anleihe von 3 Millionen Mark für die auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege geleisteten Zahlungen.
 - c) Erlaß einer Zuwachssteuerordnung für den Stadtbezirk Herford.
 - d) Abnahme der Kammereikassenrechnung für das Rechnungsjahr 1918.
8. Neuwahl des Magistrats.
9. Vorlagen des Magistrats betr.:
 - a) Bewilligung der Mittel, die durch die Verlegung der Stadt Herford in Ortsklasse C, Erhöhung des Ausgleichszuschlages zur Kinderbeihilfe für die städtischen Beamten, Angestellten und Lehrer aufzuwenden sind.
 - b) Erhöhung der Löhne der städt. Arbeiter.
 - c) Verringerung der Lohnordnung für die von der städt. Verwaltung vorübergehend beschäftigten Arbeiter.
 - d) Erhöhung der Vergütung für die nicht vollbeschäftigten Schuldiener und Schuldienerinnen.
 - e) Erhöhung der den Schuldienern für Stellung der Reinigungs- und Putzmaterialien zu zahlenden Entschädigung.
 - f) Anstellung eines hauptamtlichen Diplomhandelslehrers an der städt. Handelslehranstalt.
 - g) Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der Kosten der durch die städt. Betriebe im Rechnungsjahr 1919 ausgeführten Neuanlagen.
 - h) Errichtung eines Berufsamts für die Stadt Herford, sowie Erlaß von Satzungen und einer Geschäftsordnung für das Berufsamt.
 - i) Uebernahme des gepflasterten Teils der Engerstraße in städt. Reinigung.
 - j) Verringerung der Fluchtklinie der verlängerten Mönchstraße.
 - k) Verringerung der Fluchtklinie der Elberdifferstraße vor der Festung Wittenberg.
 - l) Verringerung des Fluchtklinienplanes über das Gelände zwischen Staatsbahn, Wittekindstraße und Bielefelderstraße.
 - m) Grundstücksverkauf mit dem Fabrikanten Bauer an der Straße „Im kleinen Felde“.
 - n) Bewilligung eines Sonderdarlehens an den Tischler Heinrich Krampe zum Zwecke der Errichtung eines Wohnhauses.
 - o) Abnahme der Pflasterbaukastenrechnung für das Rechnungsjahr 1918.
 - p) Umgemeindung kleinerer Parzellen mit der Gemeinde Schwarzenmoor.

Herford, den 23. Januar 1921.

Der stellvertretende Stadtverordnete - Vorsteher: Vücken.

Brennstoffversorgung.

Die gelbe Brennstoffmarke 24 kann von heute ab mit einem Zentner Rohlen beliefert werden.

Die Marke 18 tritt mit dem 31. 1. 1921 außer Kraft. Die Brennstoffmarken 19 bis 23 bleiben in Kraft und sind vorzugsweise zu beliefern.

Herford, den 21. Januar 1921.

Der Kreisaußschuß.

Nähmaschinen

FÜR HAUS- UND INDUSTRIEGBRAUCH, sowie versenkbare Nähmaschinen in verschiedenen Ausführungen.

Reparaturen an sämtlichen Systemen werden prompt und preiswert ausgeführt.

H. Corsmann

Fernruf 925. Göttenstrasse. Nähmaschinenhandlung und mechanische Reparaturwerkstatt.

Gewerbe-Berein.

Unsere Mitglieder machen wir auf den humoristisch-musikalischen Vortragsabend des Herrn Walter Kustlich aufmerksam. Gegen Vorgeigung der Mitgliedskarte erhalten sie in der Buchhandlung Kortkamp Eintrittskarten zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Tüchtiger Maschinenarbeiter gesucht. **Wiesinger & Comp.**

la. Buchenbrennholz

troden (1919/20er Schlag), geschnitten und gespalten.

Schweren, schwarzen, trodenen

Brenntorf

in jeder Menge ab Lager H. Heinrich Müller, Engerstr. 32.

Stroh und Häcksel stets vorrätig.

Engerstr. 32. H. Müller jr., Telefon 110

Familien-Anzeigen

finden weiteste Verbreitung durch die Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Entlaufen 13. Jan. kräftiger, langer Schäferhund mit Zuchtschein, sehr schön, buschiger Schwanz, Rücken dunkel, hellbraune Beine, braune Leber. Halsband, auf dem Namen „Wolff“ hörend, nach außen halb verlegt. Für Wiedererlangung Belohnung. Vor Anlauf wird gewarnt. Brune, Bielefeld, Ravensbergerstraße 47.

Ein Dobermann und ein Schäferhund, 3 Monate alt, zu verkaufen. Nachruf. unter Nr. 14333 in der Geschäftsbl. d. B. 44.

Deutsches Porter wieder eingetroffen Carl Lucas.

Unsere Kandidatin

Frl. Dr. Morisse

spricht Donnerstag, den 27. Januar,
abends 8 Uhr, im Evangl. Vereinshaus in
öffentlicher Versammlung.

Deutsche demokratische Partei.

Inventur - Ausverkauf!

Nur wenige Tage!

Prima Steppdecken Serie 1	Mark 105.—	Handtuchgebilde Serie 1	Mark 6.50
" " " 2	" 180.—	" " " 2	" 10.—
" " " 3	" 240.—	" " " 3	" 11.50
" " " 4	" 310.—	" " " 4	" 12.—
Dannen-Steppdecken mit bestem Ein-		Bettuchbiber, 140 cm breit, per Meter	" 25.—
schütt	" 950.—	Molton, 150 cm breit, per Meter	" 24.—
Tüll-Bettdecken 1. Bettgröße	" 108.—	Molton, 80 cm breit, per Meter	" 23.—
" 2. " "	" 210.—	Tennistoff für Blusen per Meter	" 22.—
" 3. " "	" 240.—	Schürzensamosen, 90 cm br., p. Meter	" 22.—
Leinen, prima, 80 cm breit, per Mtr.	" 24.—	Halbwoldecken Serie 1	" 48.—
Bettzeug, rot kariert, " "	" 19.75	Halbwoldecken " 2	" 57.—
		Molton-Matratzenschoner	" 25.—

Wir bitten unsere werthe Kundschaft, von diesem günstigen Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Ausserdem in bewährten Qualitäten:

Inletts, Halbdannen, Daunen, Federn, Metallbettstellen, Chaiselongues, Matratzen, Bettpolster.

Herforder Spezial-Bettenhaus

Bielefeld E. & F. Maack. Herford Mindenerstr. 1. Telefon 1429.

Dem Humor eine Gasse!

Freitag, 28. Januar, 8 Uhr, in Brinkmanns Saal.
Diese erste Gesangs- und andere Vereine führen den einmaligen

Lustigen Abend in Ton u. Wort

Köstliche Perlen des Humors, Gesangs
und Wortes an schier endloser Reihe.

Walter Kuhlisch Humorist u. Hofschaffmeister.
(Ehrenmitglied aller Staats- und von der „Metropolitan“ Oper
Landes-Theatern.)

Willy Schmidt

Wohlfühler-Phänomen
New-York.

Kapellmeister: Ernst Haack (Hamb. Stadtth.)
„Das köstliche Künstlerleben in seiner Art!“ (Hamb. Corr.)
Vorverkaufsort: Markt, Alter Markt, 7 Uhr u. 8 Uhr
(an Tischen). Vereine ermäß. Preise auch durch den Boten
Dietlein, Karlstraße.

Verein der Kunstfreunde.

Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Saal
des Weinklub hierelbst

Vortrag

des Schriftstellers Dr. E. Zahn aus Zürich
„Aus eigenen Werten.“

Karten für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder
Mark 6.—, Schülerkarten Mark 2.—, sind in der
Kendelhof'schen Buchhandlung ab Dienstag, den
26. Januar, zu haben.

Persil

wäscht
schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält
die Wäsche,

spart Arbeit
Seife u. Kohlen.

Bestes und billigstes
selbsttätiges
Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket

Henkel & Cie.,
Düsseldorf.

Täglich frischen Fisch

Salz-Heringe Stk. 70 Pfg., marinierte
Heringe Stk. 1.10 Mk. sowie Rottfisch, Grün-
fisch, Weißfisch, Wirbel, rote Möhren,
Salz- und Essig-Gurken Stk. 25-50 Pfg.,
Häselnüsse, Apfelsinen, frische Eier Stk.
2.20 Mk., prima Äpfel.

Fr. Drewes, Johannisstraße 7

sowie an Marktagen auf dem Wochenmarkt.

Konto-Korrent-Buchhalter

der an selbständiges und durchaus zuverlässiges Arbeiten
gewöhnt ist. Angebote unter Beifügung von Zeugnis-
abschriften erbeten.

J. Elsbach & Co., A.-G.

Es werden zu sofort gesucht:
16 Haus- und Küchen-
mädchen,
6 Arbeiterinnen von 14
bis 20 Jahren,
1 Wäsche-
Kochin nach Bielefeld.

Arbeitsamt

für Stadt- und Landkreis
Herford

Waffenhausstraße 1.

Lehrmädchen

für Oberhessden-Plattener
nicht unter 18 Jahren
per bald gesucht.

J. Elsbach & Co., A. G.

Buchhalter

am liebsten einen älteren Herrn
aus der Wein- u. Spirituosen-
Branche sofort oder bis 1. Fe-
bruar gesucht.

Hermann Oerselwep

Recklinghausen,
Hennrichstr. 17

Kaufe Kassa großen Posten
Bonbons und
Bonbonieren.

Bitte umgehend antworten.

Stütze,

welche auch stehen kann, für
vormittags von 9-11 Uhr ge-
sucht. Lübbertswall 8.

Mädchen

Ein zuverlässiges, erfahrenes
zum 1. März od. früher gesucht.
Lübbertswall 8.

Frau

für Hausarbeit u. zum Waschen
für halbe Tage.
Nachfragen unter 14345
in der Geschäftsstelle d. Zeitg.

Wollen Sie viel Geld

für
Alteisen
Lumpen
Kupfer
Messing
Zinn
Blei
Zelle
Pferdehaare

so wenden Sie sich an

Heinemann's
Rohprodukten-
Handlung

Erdensstraße 17

Telefon 928.

Empfehle

Besen und Bürsten-
waren,
Pug- u. Waschmittel

zum billigsten Tagespreis.

Hermann Hüls,
Diebrockerstr. 21.

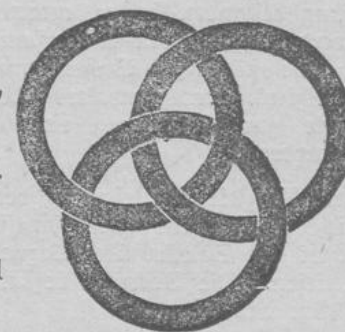
Bekanntmachung

an alle Verbraucher, dass vom 1. Februar ab
meine Seifen-Erzeugnisse unter der Firma

Dreiring-

Kommandit-

in den Handel



Werke m.
b. H.

Gesellschaft

kommen.

Fr. Schmidt, Gelsenkirchen-Bismarck
Peter Ney, Aachen.

Neue Aktien der Osnabrücker Bank.

Die außerordentliche Generalversammlung der Osnabrücker Bank vom 22. Januar 1921 hat beschlossen, das Grundkapital der Bank von M. 20 000 000.— auf M. 10 000 000.— auf M. 30 000 000.— durch Ausgabe von 10 000 Stück auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000.— mit Anspruch auf Dividende vom 1. Januar 1921 ab unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen.

Die neuen Aktien sind von einem unter Führung der Deutschen Bank in Berlin stehenden Konsortium mit der Verpflichtung übernommen, einen Teilbetrag in Höhe von M. 5 000 000.— den Besitzern alter Aktien der Osnabrücker Bank zum Kurse von 140% zinsfrei derart zum Bezuge anzubieten, dass auf je M. 4000.— alte Aktien eine neue Aktie zu M. 1000.— bezogen werden kann.

Nachdem die Eintragung der durchgeführten Kapitalerhöhung in das Handelsregister erfolgt ist, fordern wir die Inhaber unserer alten Aktien auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Geltendmachung des Bezugsrechts hat bei Vermeidung des Ausschlusses bis zum 16. Februar 1921 einschliesslich zu erfolgen. Das Bezugsrecht kann ausgeübt werden bei der

Osnabrücker Bank in Osnabrück und ihren Zweigniederlassungen in Aurich, Bad Oeynhausen, Bad Salzhausen, Dissen, Emden, Esens, Fürstentum i. H., Gronau i. W., Herford i. W., Leer, Lingen, Meppen, Minden i. W., Münster, Norden, Nordney, Nordhorn, Papenburg, Quakenbrück, Rheine, Warndorf, Weener,

ausserdem bei folgenden Bezugsstellen:

in Berlin bei der Deutschen Bank, in Hannover bei der Hannoverschen Bank, Filiale der Deutschen Bank, in Braunschweig bei der Deutschen Bank, Filiale Braunschweig, in Hildesheim bei der Hildesheimer Bank, in Oldenburg bei der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden.

2. Zwecks Ausübung des Bezugsrechts sind die alten Aktien — nach Nummernfolge geordnet — ohne Dividendenscheine in Begleitung eines doppelt ausgefertigten Anmeldescheines mit Nummernverzeichnis, wofür Formulare bei den Bezugsstellen erhältlich sind, am Schalter einzureichen. Die Ausübung des Bezugsrechts ist bei der Osnabrücker Bank und ihren Niederlassungen, sowie an den Schaltern der übrigen Bezugsstellen provisorisch; soweit bei den letzteren die Ausübung des Bezugsrechts jedoch im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden diese die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen. Die Aktien, für welche das Bezugsrecht ausgeübt ist, werden abgestempelt und demnach zurückgegeben.

3. Bei der Geltendmachung des Bezugsrechts, spätestens am 16. Februar 1921, ist die Vollzahlung für jede Aktie zuzüglich Aufgeld mit M. 1400.— zuzüglich Schluss-scheinstempel bei einer der obengenannten Stellen zu zahlen.

4. Die Auskündigung der neuen Aktien erfolgt sofort nach Fertigstellung gegen Rückgabe der auf der einen Ausfertigung des Anmeldescheines erteilten Quittung bei derjenigen Stelle, welche die Quittung vollzogen hat.

Osnabrück, den 25. Januar 1921.

Osnabrücker Bank.

Kaffee Germania

Täglich Konzert.

Verein für Rapsenspiele

Herford.

Donnerstag, 27. Januar,

pünktlich 8 Uhr

Versammlung.

Freitag, den 28. Januar

8 Uhr

Turn-Abend

in der Bürgerhalle, Uhlendorfstr.

Rege Beteiligung erbeten

Der Vorstand.

Kaufe laufend sämtliche Sorten

Felle

wie

Rinderhäute, Kalbsfelle

Rohhäute, Schaffelle,

Ziegenfelle, Katzen- und

Kaninfelle.

Karl Niemeyer,

Reinholdstr. 11.

Telefon 1074.

Impressen

von Herren-

und Damenhüten

auf jede gewünschte Form

innerhalb 6 Tagen.

Hutfabrik

Bernstein & Voogen

Herford, Steinstraße 6

Hauptgeschäft Kirchstraße 4

neben der Radewiger Kirche.

Annahmestellen:

Färberstr.-Schule, Kesselfr. 25;

Dorenburg, Steinstraße 6.

Zu verkaufen:

Grundstück

an der Engerstraße (4 Scheffel-

saat groß), vorzügl. Gelände

für Fabrikanlage.

Besseres 3 Etagen-Wohn-

haus mit kleinem Garten.

Ländliche Bestung

mit 20 Scheffelsaat Land sehr

geeignet zur Grünreianlage.

Fachwerkhaus mit Glas-

lung und großem Garten.

Karl Strelo, Kesselfr. 14.

Geringe

1 Stk 70 Pfg.

Reinke,

Lebensmittelhandlung,

Johannisstr. 22, Herford 1921.

Von Donnerstag morgen

ab Prima

Fohlen

sowie dickfettes

Fleisch

empfehlen

Heinr. Dehmann Jr.,

Holländstr. 25.

Klubsofa und

Chaiselongue

wegen Platzmangel preiswert

zu verkaufen. Göbenstr. 11.

Ein großer

Salonspiegel

preiswert zu verkaufen, Nach-

fragen Abmserstr. 1.

Schäferhund

zugekauft.

Nachfragen bei Siever-

ling, Göbenstraße 25.